



In der *Decade of Action* angekommen: Hürden, Voraussetzungen und Chancen bei der Umsetzung der 2030 Agenda

Mit der 2030 Agenda für Nachhaltige Entwicklung ist der Anspruch verbunden, unsere Welt nachhaltig zu transformieren. Nur wenn wir unsere Wirtschafts- und Lebensweise radikal verändern, können Ressourcen global gerecht verteilt werden und zukünftige Generationen haben die Chance, auf einem sozial-ökologisch intakten Planeten zu leben. Dabei ist die Evidenz über die Dringlichkeit einer Transformation nicht mehr nur in der Wissenschaft, sondern in der Breite der Gesellschaft und politischen Akteur*innen bekannt. Trotz massiven Drucks aus der Zivilgesellschaft – insbesondere von der jungen Generation – lässt die Umsetzung der 2030 Agenda zu wünschen übrig. Nicht zuletzt der Global Sustainable Development Report aus dem Jahr 2019, der die ersten Jahre der Agenda beleuchtet hat, zeigte, dass wir nicht nur viel zu langsam beim Erreichen der SDGs sind, sondern in einigen Bereichen, beispielweise bei der Bekämpfung von Hunger und der Klimakrise, sogar in die völlig falsche Richtung manövrieren. Um in den verbleibenden 10 Jahren der 2030 Agenda gerecht zu werden, brauchen wir eine SDG-Aktionsdekade, in der nun auf die vielen Beschlüsse und Verhandlungen endlich konkrete Handlungen folgen.

Was können wir aus Corona lernen?

Dabei geht es um nichts Geringeres als die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die Corona-Pandemie zeigt, wie abhängig wir von globalen Wertschöpfungsketten sind, wie die Schwächsten der Gesellschaft am meisten von

der Situation betroffen sind und sich Ungleichheiten verstärken. Wer nun behauptet, durch die Corona-Pandemie seien die finanziellen Mittel für eine ambitioniertere Nachhaltigkeitspolitik nicht mehr vorhanden, verkennt den Zusammenhang zwischen einer hohen Anfälligkeit für Krisen und unserer bisherigen Wirtschaftsweise sowie der ökologischen Ausbeutung des Planeten und der Zerstörung intakter Ökosysteme. Es muss verhindert werden, dass die Corona-Pandemie als Ausrede genutzt wird, Ambitionen in der Nachhaltigkeitspolitik zurückzuschrauben. Im Gegenteil: Staatliche Interventionen müssen die 2030 Agenda als politische Leitlinie etablieren und endlich die Grundlage dafür schaffen, dass auch nachhaltiges Handeln von Individuen leichter umgesetzt werden kann. Nachhaltige Wiederaufbaumaßnahmen sind unabdingbar, um resilientere Strukturen für Krisen zu schaffen und diese zukünftig besser abfedern zu können.

HLPF Probleme

Für uns ist klar, dass die 2030 Agenda nur durch internationale Zusammenarbeit und Kooperation der verschiedenen Akteur*innen gelingen kann. Gleichzeitig sehen wir aber, wie der Multilateralismus unter Druck gerät. Das jährlich im Juli tagende HLPF (High-Level Political Forum on Sustainable Development) soll eine politische Führungsrolle für die Umsetzung der 2030 Agenda übernehmen und den Austausch der Staaten fördern. Wenn man jedoch die Diskussionen auf dem HLPF und insbesondere

die freiwilligen Staatenberichte (VNRs) verfolgt, gewinnt man den Eindruck, wir wären bei der Umsetzung der 2030 Agenda viel weiter als wir es eigentlich sind. Daher muss das „Cherry Picking“ beim Berichten aufhören und durch Maßnahmen, wie einer unabhängigen Evaluierung der Berichte, sichergestellt werden, dass die VNRs realitätsgetreuer und objektiver werden. Dazu gehört auch die formellere Anerkennung von Schattenberichten, die aus der Zivilgesellschaft entstammen. Seine angedachte politische Führungsrolle kann das HLPF nur dann übernehmen, wenn seine Relevanz erhöht wird und dort auch tatsächliche Entscheidungen getroffen werden können.

Einbeziehung der Zivilgesellschaft

Auch beim HLPF ist es die Zivilgesellschaft, die auf Probleme aufmerksam macht. In A/RES/67/290 ist festgelegt, dass die Major Groups das Recht auf Partizipation im HLPF haben, um die Transparenz zu erhöhen. Jedoch erleben wir weltweit, dass die Zivilgesellschaft immer weiter eingeschränkt wird. Auch hier darf die Corona-Pandemie nicht als Vorwand zur Beschleunigung dieses Trends genutzt werden. Stattdessen brauchen zivilgesellschaftliche Organisationen mehr Raum, sich in politische Prozesse einzubringen.

Auch beim HLPF laufen kritische Stimmen Gefahr, insbesondere bei der Kommentierung von VNRs, staatliche Repressalien zu erleiden. Dies muss unverzüglich aufhören. Dafür braucht es starke Zeichen aus dem Sekretariat und aus der internationalen Gemeinschaft, dass Repressalien Einzelner nicht toleriert werden. Im Geiste der für die Erreichung der 2030 Agenda notwendigen Zusammenarbeit aller Akteur*innen ist die Zivilgesellschaft, beim HLPF insbesondere durch die Major Groups und andere Stakeholder (MGoS) vertreten, unverzichtbare Partnerin für die Erreichung der

SDGs. Besonders besorgt sind wir zudem darüber, wenn zivilgesellschaftliche Vertreter*innen außerhalb der großen internationalen Konferenzen unter Druck gesetzt oder sogar verfolgt werden. Auch hier darf die internationale Gemeinschaft nicht wegsehen.

Was für die Einbeziehung der Zivilgesellschaft im Allgemeinen gilt, gilt für die junge Menschen noch einmal im Besonderen. Junge Menschen unter 30 Jahren machen heute die Mehrheit der Weltbevölkerung aus, dennoch sind sie in politischen Prozessen – auf internationaler wie auch nationaler Ebene – nicht ausreichend repräsentiert. Dabei sind jungen Menschen diejenigen, die mit den heutigen Verfehlungen in der Nachhaltigkeitspolitik und all ihren Konsequenzen auch in Zukunft leben müssen. Auch in Bezug auf offizielle Jugenddelegierte sind es fast ausschließlich nord- und westeuropäische Staaten, die junge Menschen in ihre Delegation zum HLPF aufnehmen. Dabei ist es so wichtig, dass auch junge Menschen aus anderen Teilen der Erde, insbesondere aus dem globalen Süden, vertreten sind. Wir erwarten sowohl vom Sekretariat als auch von den Mitgliedstaaten, jungen Menschen die Möglichkeit für eine sinnvolle Partizipation in internationalen Konferenzen zu geben. Konkret kann die Bundesregierung hier vorangehen, indem sie finanzielle Mittel bereitstellt, sodass selbstorganisierte zivilgesellschaftliche Institutionen die Möglichkeit erhalten, ebenfalls Jugenddelegiertenprogramme zu etablieren. In den vergangenen zwei Jahren erhielten wir die Zusage aus dem BMZ, Jugenddelegierte aus dem globalen Süden für das HLPF zu finanzieren. Wir wünschen uns deshalb eine Verstärkung des Projekts zur Finanzierung von Jugenddelegierten aus dem globalen Süden.

Mehr Jugendbeteiligung und politische Bildung!

Da der Begriff Nachhaltigkeit an sich schon das Prinzip der Generationengerechtigkeit beinhaltet, muss bei einer erfolgreichen Umsetzung der 2030 Agenda vor allem auch die jüngere Generation mit in die Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden. Aus diesem Grund fordern wir, dass junge Menschen in Deutschland stärker in politische Prozesse involviert werden, die Jugendbeteiligung stärker unterstützt wird und ihre Meinung und Forderungen ernst genommen werden. Damit dies geschehen kann, müssen politische Rahmenbedingungen geschaffen werden: Ganz konkret muss jungen Menschen früher ein politisches Mitspracherecht gegeben werden, z.B. in Form der Senkung des Wahlalters. Politische Bildung, insbesondere mit Schwerpunkt Nachhaltige Entwicklung, trägt dazu bei, dass sich die so wichtige politische Willensbildung unter jungen Menschen festigt. Hierbei ist besonders die Rolle von Jugendverbänden als Werkstätten der Demokratie und originären Lernorten von Kindern und Jugendlichen zu betonen. Diese müssen – etwa durch die Sicherstellung der notwendigen Freiräume - darin gefördert werden, ihren eigenständigen Auftrag zu erfüllen.

In unseren Austausch mit Jugendverbänden erleben wir oft, dass Nachhaltigkeit einen hohen Stellenwert in der Jugendverbandsarbeit einnimmt, die Verbindung zur 2030 Agenda aber nicht zwangsläufig gezogen wird. Stattdessen bleibt sie an vielen Stellen abstrakt; vor allem für Kinder und Jugendliche ist die Agenda schwer greifbar und es fehlt an Übersetzungen in den eigenen Lebenskontext. Aus diesem Grund muss Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) sowohl für Erwachsene, aber vor allem auch für jüngere Menschen besser zugänglich sein: Sei es durch eine dauerhafte Verankerung in den Lehr- und Ausbildungsplänen oder durch

die erhöhte Bereitstellung von Finanzierungsmitteln für BNE-Akteur*innen im außerschulischen Kontext. Die Nachhaltigkeitskommunikation muss noch stärker auf die verschiedenen Zielgruppen angepasst werden und der Zugang zu politischen Prozessen muss durch eine Stärkung der Partizipation, insbesondere für die bestehenden zivilgesellschaftlichen Strukturen, erleichtert werden.

Vor allem in Zeiten der Corona-Pandemie wird das Recht auf Bildung massiv eingeschränkt und damit alle Bemühungen im Rahmen des SDG 4 ausgesetzt. Die Bundesregierung muss allen Kindern und Jugendlichen in Deutschland gleichen Zugang zu qualitativer Bildung unabhängig vom Einkommen und Bildungshintergrund der Eltern ermöglichen und sicherstellen, dass sich, trotz Infektionsschutz, die Bildungsungleichheit nicht verschärft. Chancengleichheit und frei zugängliche Bildung sind essenziell für eine demokratische, starke Zivilgesellschaft und legen die Grundsteine für den Weg zur sozial-ökologischen Transformation.

Die Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS)

Der Überarbeitung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie kommt eine bedeutende Rolle zu, weil sie zum einen wesentlichen Pfeiler zur Umsetzung der 2030 Agenda in, mit und durch Deutschland darstellt und Nachhaltigkeit als verbindliche politische Leitlinie festlegen muss. Zum anderen, weil sie die Grundlage für den nächsten deutschen freiwilligen Staatenbericht (VNR) beim HLPF 2021 legt, von dem wir erwarten, einen realitätsgetreuen Blick auf die bisherige Umsetzung der 2030 Agenda in Deutschland zu werfen und ambitionierte Schritte für die weitere Umsetzung zu verkünden. Im Rahmen der

diesjährigen Überarbeitung der DNS fordern wir daher, dass Jugendpartizipation und BNE eine größere Bedeutung in der neuen Version zukommt. Konkret bedeutet dies, dass BNE dauerhaft und bindend in Kindergärten, Schulen, Universitäten und Ausbildungsstätten durch die Aufnahme in Lehrpläne oder im Angebot der Lehrveranstaltungen etabliert werden muss. Neben den genannten staatlichen Institutionen müssen aber auch den außerschulischen Formaten die benötigten Mittel für eine qualitativ-hochwertige non-formale Bildung bereitgestellt werden. Die Umsetzung der SDGs im Allgemeinen aber auch des SDG 4 ist immer mit finanziellen Fragen verbunden. Gemeinnützige Verbände wie beispielsweise Jugendorganisationen müssen so gefördert werden, dass sie in ihrem Alltag Nachhaltigkeit leben und erfahrbar machen können. Sparzwänge und Finanznöte führen zwangsläufig zu nicht-nachhaltigem Handeln. Deshalb braucht es gerade in Pandemiezeiten öffentliche Investitionen, um außerschulische Lernorte zu unterstützen und deren wichtigen Beitrag für die Bildungslandschaft zu erhalten. Für die DNS würde das bedeuten, dass sowohl Indikatoren für den Umsetzungsstand der BNE als auch für den Einbezug von beispielsweise Jugendverbänden in Beteiligungsprozesse entworfen und dementsprechend deren Umsetzungsstand auch kontinuierlich überprüft werden müssen. In Bezug auf die Indikatorwerte im Allgemeinen erwarten wir, dass in der Überarbeitung Expert*innen und wissenschaftliche Erkenntnisse stärker miteinbezogen werden, sodass eine Erreichung der Indikatorwerte auch einer vollständigen Umsetzung der 2030 Agenda entspricht. Speziell auf die Erarbeitung von Qualitätskriterien einer erfolgreichen BNE bezogen, halten wir einen Konsultationsprozess zur Erarbeitung dieser mit zivilgesellschaftlichen und erfahrenen BNE-Akteur*innen für sinnvoll. Zur Erfüllung der Ziele in der DNS sind

außerdem stärkere parlamentarische Kontrollmechanismen sowie eine kritische Überprüfung der Indikatorziele durch nicht-staatliche Institutionen zielführend.

Oftmals fehlt die Sichtbarkeit, dass Fortschritte im Nachhaltigkeitsbereich mit der 2030 Agenda zusammenhängen. Da die 2030 Agenda in der Öffentlichkeit immer noch relativ unbekannt ist, wird selten der direkte Bezug zu den SDGs hergestellt, weshalb diese für die Allgemeinheit weiterhin unbekannt bleiben. Um in der Öffentlichkeit der 2030 Agenda eine höhere Relevanz zuzuschreiben ist daher auch eine Verknüpfung oder Einbringung konkreter SDGs in die Gesetzgebung oder Fördermaßnahmen ein wichtiger und notwendiger Schritt. In diesem Zusammenhang ist auch eine sichtbare Selbstverpflichtung der Regierung zu der 2030 Agenda grundlegend.